

Michael Wegener

Raumplanung als Systemrationalität – oder die Rettung der Raumplanung durch die Ökologie

In: Schmals, K. M. (Hg.): Was ist Raumplanung? Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 89. Dortmund: Institut für Raumplanung, Universität Dortmund, 1999, 165-172.

Vorbemerkung

Die Idee der Raumplanung ist untrennbar mit der Idee der Aufklärung verbunden. Raumplanung als aktive Gestaltung der physischen Verfassung des menschlichen Daseins auf der Erde beruht auf dem optimistischen Glauben, daß die Gesellschaft sich mit Hilfe vernunftgeleiteter Diskurse und demokratisch legitimierter Verfahren diejenige räumliche Ordnung zu geben vermag, die sowohl dem Wohl der Allgemeinheit als auch den Interessen jedes einzelnen ihrer Mitglieder gerecht wird. Heute allerdings, in einer Zeit des rücksichtslosen Wettbewerbs zwischen den Regionen, des Zusammenbruchs des auf der Besteuerung menschlicher Arbeit beruhenden Systems der Staatsfinanzierung und des Zurückweichens des Staates gegenüber der Dynamik globalisierter Märkte, verliert Raumplanung in ihrem ursprünglich intendierten Sinn ihre Legitimation und wird zum störenden Relikt einer untergegangenen Epoche.

1. Geschichte der Raumplanung nach 1945

Die Geschichte der Raumplanung in Deutschland nach 1945 spiegelt die gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wider. Der Wiederaufbau der deutschen Städte nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte fast ohne Planung. Wegen des Mißbrauchs der (Raum-)Planung im Dritten Reich und zur Abgrenzung gegenüber den sozialistischen Planwirtschaften in Osteuropa während des Kalten Krieges war der Begriff 'Planung' geradezu tabuisiert. Staatliche Planung galt als Bedrohung der individuellen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit.

In den sechziger Jahren entfiel dieses Tabu. Im Amerika Kennedys und Johnsons ermöglichte das west-östliche Tauwetter Koexistenzpolitik und soziale Reformen, Deutschland folgte mit der 'Ostpolitik' und keynesianischen Wirtschaftspolitik der Großen Koalition. Die Studentenbewegung erschütterte die 'formierte' Gesellschaft und erzwang, wenn nicht eine Reform der Gesellschaft, so doch eine der Schulen und Universitäten. Systemanalyse und Operations Research, mit denen es gelungen war, einen Menschen auf den Mond zu bringen, versprachen die 'Optimierung' auch irdischer Probleme. Die Folge war ein rasches Eindringen des Planungsgedankens in alle Ebenen von Regierung und Verwaltung.

Im prosperierenden Deutschland dieser Zeit waren gesellschaftliche Probleme vor allem städtische Probleme: Durch das starke Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig wachsenden Einkommen breiteten die Städte sich weitgehend ungeplant in ihr Umland aus; Flächensanierungen und Hochhaussiedlungen am Stadtrand schufen bisher unbekannte Konzentrationen sozialer Probleme, und die rasche Zunahme des Autoverkehrs führte zum Verkehrskollaps als täglicher Erfahrung.

In dieser Phase entstand die Konzeption räumlicher Planung als Teil umfassender gesellschaftlicher Planung, die nicht länger den Architekten und Bauingenieuren überlassen werden durfte. In Dortmund und Berlin, und später in Kaiserslautern und Oldenburg, wurden nach angelsächsischem Vorbild interdisziplinäre Planungsstudiengänge eingerichtet. Unbeirrt von seiner politischen Verwendung in der Zeit des Nationalsozialismus (vgl. Schmals, 1997) wurde in Dortmund und Kaiserslautern der Begriff *Raumplanung* für die neue Disziplin verwendet.

Die soziologische Systemtheorie lieferte die geistige Grundlage der neuen Disziplin. Planung wurde interpretiert als zur Bestandserhaltung sozialer Systeme notwendige Systemrationalität, die Gesellschaft als ein umweltoffenes kybernetisches System, das sich durch Selektion von Handlungsmöglichkeiten von seiner überkomplexen Umwelt abgrenzt und so erhält. Die Reduktion von Komplexität durch Stabilisierung einer Innen/Außendifferenz macht den 'Sinn' aus, durch den ein soziales System sich identifiziert und von einem biologischen System unterscheidet. Reduktion von Komplexität wird zum Bestandsproblem, welches durch 'funktional äquivalente' Reduktionsstrategien wie Subsystembildung, funktionale Differenzierung oder *Planung* gelöst werden kann (Luhmann, 1966; 1971).

Dieser Planungsbegriff wurde von links kritisiert. Vor allem Vertreter der Frankfurter Schule schlossen aus der Ausrichtung von Systemrationalität auf Bestandserhaltung auf ihren konservativen Charakter. Ohne Rückgriff auf historisch und soziokulturell vermittelte Werte, so ihr Argument, könnten keine sinnvollen Selektionsstrategien entwickelt werden. "Die unverkürzte Kategorie des Sinnes [ist] mit den Grundbegriffen der Systemtheorie unvereinbar" (Habermas, 1971, 186). In dem Maße, in dem Systemrationalität auf Systemerhaltung ausgerichtet sei, verpflichte sie die Theorie "auf herrschaftskonforme Fragestellungen, auf die Apologie des Bestehenden um seiner Bestandserhaltung willen" und werde dadurch verfügbar zur Erzeugung rational nicht begründbarer Herrschaft. (Habermas, 1971, 170).

Als Sieger aus dieser Debatte gingen, zumindest in Dortmund, Vertreter politökonomische Interpretationen der Planung hervor. Danach ist Raumplanung eine Aufgabe politischer Entscheidungsträger zur Verteilung ökonomischer Ressourcen in Form von Standorten zur Sicherung ihrer eigenen Wiederwahl (Bökemann, 1982) oder für oder gegen privatwirtschaftliche Interessen zur Verwirklichung von Wachstums- oder sozialen Gerechtigkeitszielen (Brunn und Pannitschka, 1978).

2. Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung

Allen Interpretationen waren wenige Grundannahmen gemeinsam: Der Staat ist ein auf Wachstum programmierter Wohlfahrtsstaat mit 'sozialer' Marktwirtschaft, und die Zukunft ist langfristig prognostizierbar und umfassend gestaltbar. Die Ziele der Raumentwicklung werden durch die Politik vorgegeben und ihre Realisierung primär durch die öffentliche Planung der Gebietskörperschaften bestimmt. Private Akteure verfolgen ihre Interessen im Rahmen der durch die öffentliche Planung gesetzten Bedingungen. Aufgabe der öffentlichen Planung ist somit die effiziente und gerechte Zuordnung von Raumnutzungen und bei Interessenkonflikten die Abwägung zwischen den Interessen.

Dieses interventionistische und rationalistische Planungsmodell wurde jedoch seit Mitte der siebziger Jahre mehr und mehr unterhöhlt. Die Energiekrisen der siebziger und die Wirtschaftskrisen der achtziger Jahre zerstörten den Glauben an die Möglichkeit an-

haltenden Wachstums und die Prognostizierbarkeit und Planbarkeit der Zukunft. Die Globalisierung der Güter- und Kapitalbewegungen verschärften den internationalen ökonomischen Wettbewerb, und Regierungswechsel in Amerika, Großbritannien und der Bundesrepublik brachten eine Trendwende in der Wirtschaftspolitik zu Deregulierung, Privatisierung, Forcierung des Wettbewerbs und Abbau von Sozialleistungen.

3. Kein Platz für Raumplanung in der deregulierten Marktwirtschaft

Der Rückzug des Staats blieb nicht ohne Wirkung auf die Raumplanung. Unter den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs führt die Fixierung der Wirtschaftspolitik auf Wachstum um jeden Preis zu Arbeitsplatzverlusten selbst in prosperierenden Wirtschaftszweigen und damit mittelfristig zu steigenden Sozialleistungen, in Deutschland vor allem bei den Kommunen. Die durch Verschwendung in besseren Zeiten überschuldeten Städte suchen ihre Rettung im Verkauf von Grundstücken und Gebäuden oder der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen. Anstatt miteinander zu kooperieren, konkurrieren Städte und Regionen wie Unternehmen gegeneinander um Subventionen, Investoren, Arbeitsplätze und zahlungskräftige Einwohner.

Unter solchen Bedingungen hat öffentliche Raumplanung nur noch die Aufgabe, die Wettbewerbsposition der Städte und Regionen durch Bereitstellung von Infrastruktur, Gewerbeflächen, Wohnflächen für Führungskräfte und attraktive Einkaufs- und Kulturinstitutionen zu unterstützen. Raumplanung wird vollends zu Produktmanagement und Stadtmarketing.

Die von den Gebietskörperschaften geräumten strategischen Positionen werden von Unternehmen und Verbänden besetzt. Deren Interessen bestimmen die Ziele der Stadtentwicklung. Sogenannte Public-Private Partnerships dienen zur Aufrechterhaltung der Fiktion, daß die Initiative der Stadtentwicklung noch immer bei den gewählten Körperschaften liegt.

4. Armut und Ausgrenzung sind durch Raumplanung nicht zu beseitigen.

Die Einkommensverteilung der reichen Industrieländer ist die der 'Vierfünftelgesellschaft': ein Fünftel der Haushalte ist sehr reich, drei Fünftel geht es mehr oder weniger gut, und ein Fünftel lebt am Rande der Armut. Bei dieser Einkommensverteilung sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen durch Mehrheitsentscheidungen kaum durchzusetzen. Parteien, die an die Macht kommen oder an der Macht bleiben wollen, müssen daher die Interessen der Besitzenden vertreten. Armut und Ausgrenzung sind als Mittel zur Disziplinierung der nicht ausreichend Leistungswilligen für den Bestand der Vierfünftelgesellschaft geradezu notwendig. Die privilegierte Mehrheit der Bevölkerung muß dazu erzogen werden, den Anblick von Elend ohne Gewissensbisse zu ertragen.

Die 'neue Wohnungsnot' und die für Haushalte selbst mittleren Einkommens unerschwinglichen Mieten und Bodenpreise in München, Frankfurt, Hamburg und Berlin sind nicht die Folge von Zuwanderungen, sondern die Konsequenz der polarisierten Einkommensverteilung, des deregulierten Wohnungs- und Bodenmarkts und des Rückzugs der Kommunen aus Bodenpolitik und sozialem Wohnungsbau

Raumplaner und Raumplanerinnen, die sich für den Erhalt preiswerten Wohnraums oder die Verbesserung des Wohnumfelds in Altbauvierteln einsetzen, lindern nur die Symptome, aber beseitigen nicht die Ursachen, die zu den Mißständen geführt haben,

die sie bekämpfen, – und tragen so mit dazu bei, daß die Verhältnisse sich nicht grundlegend ändern.

5. Das Ende der großen Entwürfe

Mit der Auflösung der Trennung zwischen 'Plan' und 'Markt' endet die Zeit der 'großen Entwürfe'. An ihre Stelle tritt ein kleinteiliger Aushandlungsprozeß zwischen einer Vielzahl öffentlicher und privater Akteure.

Die Ausweitung der Zahl der an Planungen beteiligten Akteure ist eine Überlagerung verschiedener, zum Teil gegenläufiger, zum Teil einander verstärkender Tendenzen: Zum einen ist sie eine Folge der Verlagerung der Initiative der Stadtentwicklung zu ökonomisch starken privaten Akteuren und des partiellen Rückzugs des Staates aus Aufgaben der sozialen Vorsorge und Absicherung und deren Verlagerung auf private, zum Teil freiwillige und ehrenamtliche Träger. Zum anderen ist sie eine Konsequenz der zunehmenden Partikularisierung und Fragmentierung der Interessen sozial oder räumlich definierter Gruppen, der durch die Ideologie der Wettbewerbsgesellschaft verstärkten Entsolidarisierung der Gesellschaft und der zunehmenden Inanspruchnahme rechtlicher Instrumente zur Verhinderung oder Verzögerung nicht gewünschter Planungen durch private Interessenten. Die Pluralisierung der Akteure signalisiert aber auch das Entstehen basisdemokratischer Initiativen zum Schutz der Rechte ökonomisch schwächerer Bevölkerungsgruppen oder zur Ermöglichung alternativer, auf dem Markt sonst nicht durchsetzbarer Lebensentwürfe.

Das den Aushandlungsprozessen zugrundeliegende Konsensmodell versagt jedoch bei antagonistischen Konflikten und tendiert bei kompromißfähigen Problemen zu Lösungen im Sinne der ökonomisch stärkeren Interessen mit marginalen Verbesserungen für die ökonomisch schwächeren Akteure. Echte Mitwirkungsmodelle scheitern an ökonomischen Machtverhältnissen und am ungelösten Legitimationsproblem.

6. Der Raumplanung bleiben nur Metakompetenzen

Ihrer ursprünglichen Funktion und Kompetenz beraubt, bleiben der Raumplanung nur 'Metakompetenzen' wie Kommunikation, Moderation und Vermittlung.

Die Natur der Aushandlungsprozesse ändert die Funktion von Expertenwissen. Expertisen werden instrumentalisiert als Mittel zur Durchsetzung von Interessen. Maßstab für die Bewertung und Honorierung von Expertisen ist nicht ihre wissenschaftliche Qualität im Sinne von Objektivität, empirischer Fundierung und Nachprüfbarkeit, sondern ihre Verwertbarkeit im Aushandlungsprozeß. Damit wird auch ein Großteil der Inhalte des Studiengangs Raumplanung tendenziell entwertet; die fachlichen Inhalte nützen nur noch insoweit, als sie es erlauben, "sachkundig" an Aushandlungsprozessen teilzunehmen.

Stattdessen werden 'Metakompetenzen' wichtig: Kommunikations- und Vermittlungsfähigkeit, interkulturelle Kompetenz, Verhandlungsgeschick, Flexibilität in der Aufnahme und Verarbeitung neuer Problemsituationen, Zuhörenkönnen und Sensibilität für Kompromißmöglichkeiten. Diese allgemeinen Managementfähigkeiten werden jedoch heute von den Absolventen vieler Fachrichtungen erbracht, z.B. von Juristen, Betriebswirten oder Architekten, aber ebenso gut von Nichtakademikern. Die theoretischen Modelle zur Rechtfertigung und Aufwertung der Moderatorenrolle der Raumplanung wie "Zivilgesellschaft" oder "Perspektivischer Inkrementalismus" verklären nur die Ohnmacht

und faktische Selbstaufgabe der einst mit hohem Reformanspruch angetretenen Disziplin Raumplanung.

7. Raumplanung ist als Wissenschaft gescheitert

In der kurzen Zeit, in der die Disziplin Raumplanung im Einklang mit der gesellschaftlichen Entwicklung stand, ist es ihr nicht gelungen, sich als eigenständige Wissenschaft zu etablieren.

Zu den vier Raumplanungsstudiengängen der Gründungsphase ist seither nur einer hinzugekommen (Hamburg-Harburg), nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde kein einziger Raumplanungsstudiengang in Ostdeutschland begründet. Ein Raumplanungsstudiengang (Oldenburg) wurde inzwischen wieder geschlossen (Oldenburg), die Selbständigkeit von zwei weiteren (Berlin, Hamburg-Harburg) ist gefährdet.

Die gegenwärtige Nachfrage nach Raumplanungsstudienplätzen besagt nichts über die langfristigen Beschäftigungsaussichten. Der Bedarf der öffentlichen Verwaltung an Raumplaner und Raumplanerinnen stagniert. Die Anfang der neunziger Jahre noch guten Arbeitsmarktchancen waren lediglich eine Folge des Nachholbedarfs in Ostdeutschland. Nur sehr wenige Absolventen oder Absolventinnen von Raumplanungsstudiengängen sind heute in leitender Stellung in Praxis und Forschung tätig oder auf eine Professur berufen worden.

Ein weiteres Indiz für die mangelnde Etablierung der Raumplanung als Wissenschaftsdisziplin ist, daß noch immer sämtliche wichtigen Theorien zur Raumentwicklung aus anderen Disziplinen wie Geographie, Volkswirtschaft, Soziologie, Ingenieurwesen oder Ökologie stammen. Noch immer gibt es bisher kaum deutschsprachige Lehrbücher der Raumplanung. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Raumplanungsabteilungen der Bundesrepublik auf internationalen Tagungen und in internationalen Zeitschriften nicht vertreten.

8. Raumplanung als Erfüllungsgehilfe des Marktes

Wenn die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Entwicklung anhält, bleibt für die Raumplanung nur die Aufgabe, die durch den Markt bestimmte Raumentwicklung möglichst konfliktfrei durchzusetzen.

Zwar wird es weiterhin Arbeitsplätze in Bauleitplanung, Stadterneuerung und Wirtschaftsförderung geben, um die sich Raumplaner und Raumplanerinnen bewerben können. Der erfolgreiche Bewerber (die erfolgreiche Bewerberin) ist der Typ des 'urban managers': Generalist(in), zweite Staatsprüfung, Verwaltungserfahrung, flexibel, unideologisch, sicheres Auftreten, Verhandlungsgeschick, möglichst Mitglied der in der Stadt dominierenden Partei. Bebauungspläne werden solange umgezeichnet, bis sie den Investoren zusagen. Moderne Beteiligungsformen (Informationsveranstaltungen, Bürgerforen, Anhörungen, Runde Tische, Mediationsveranstaltungen) dienen zur frühzeitigen Abfederung potentieller Konflikte; möglicher Widerstand wird durch kalkulierte Zugeständnisse im Vorfeld entschärft. Effizienter Gebrauch dieser Sozialtechniken wird durch Aufstieg belohnt. Der Versuch, das System subversiv zu unterlaufen, wird durch Karriereknick bestraft.

Alternativen zur Laufbahn in der öffentlichen Raumplanung bieten sich nur in der Forschung (für die nicht ausgebildet wird) oder bei privaten Akteuren mit eigenen Rauminteressen wie Immobilienunternehmen, Banken oder Versicherungen.

9. Rettung der Raumplanung durch die Ökologie

Allein die globale ökologische Bedrohung stellt das Modell der marktgesteuerten Wachstumsgesellschaft grundsätzlich in Frage – und rettet damit die Raumplanung.

Ökologische Aspekte spielen eine immer größere Rolle in der Raumplanung. Kontroversen über Verkehrslärm, Abfallbeseitigung oder Nuklearenergie gehören heute bereits zu den häufigsten Konflikten. Die wirklichen Auseinandersetzungen über Umweltfragen in der Raumplanung stehen jedoch erst bevor.

Auf der Rio-Konferenz 1992 hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, den Energieverbrauch der BRD bis 2005 um dreißig Prozent gegenüber 1987 zu verringern. Auf dem Klimagipfel von Berlin 1995 reduzierte sie dieses Ziel auf 25 Prozent. In Kyoto verpflichteten sich die Länder der Europäischen Gemeinschaft auf eine Reduzierung um acht Prozent bis 2010. Wenn den Entwicklungsländern der Welt jedoch eine reale Chance der Entwicklung ihrer Wirtschaft zugebilligt werden soll, müßten die Industrieländer ihren Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 um achtzig Prozent reduzieren. Die heute bekannten Erdölvorräte der Erde werden bei gleichbleibendem Verbrauch bis 2040 erschöpft sein; bei weiter steigendem Verbrauch bis 2030. Nach der Nachfolgeuntersuchung zur Studie "Die Grenzen des Wachstums" erfordert eine nachhaltige Entwicklung der Welt eine sofortige ökologische Trendwende in Bezug auf Bevölkerung, Industrieproduktion und Umwelttechnik. Würde die ökologische Trendwende erst 2015 eintreten, wäre mit globalen Krisen und einem drastisch niedrigeren Lebensstandard zu rechnen. Wenn alles so weiter lief wie bisher, bräche das globale Ökosystem zusammen und die Erdbevölkerung würde bis 2100 auf die Hälfte reduziert (Meadows u.a., 1992).

10. Ökologische Gefährdungen

Die Langsamkeit der ökologischen Wirkungszusammenhänge übersteigt die Problemverarbeitungskapazität heutiger demokratischer Gesellschaften.

Systemrationalität garantiert nicht das Überleben gesellschaftlicher oder ökologischer Systeme. In der Evolution des Menschen war zum Überleben nur die Abwehr unmittelbar drohender Gefahren notwendig; langfristige Vorausschau war nicht nötig – und deshalb auch nicht in der menschlichen Genstruktur festgelegt.

"Die ökologische Selbstgefährdung liegt also durchaus im Rahmen der Möglichkeiten von Evolution. Bedrohliche Lagen entstehen nicht nur dadurch, daß ein hoher Grad an Spezialisierung sich bei Veränderung der Umwelt als Fehlspezialisierung erweist. Man muß mindestens auch mit der Möglichkeit rechnen, daß ein System so auf seine Umwelt einwirkt, daß es später in dieser Umwelt nicht mehr existieren kann" (Luhmann, 1986, 38).

Das Prinzip der Bestandserhaltung der Systemtheorie gibt also keinen Anlaß, darauf zu vertrauen, daß die menschliche Gesellschaft rechtzeitig auf ökologische Gefährdungen reagiert. Die Entscheidungsstrukturen demokratischer Gesellschaften sind auf ein Reiz-Reaktionsschema von vier bis fünf Jahren angelegt. Vorsorge für spätere Generationen wird vom politischen System nicht honoriert. Umweltprobleme mit einem Zeithorizont von zwanzig bis hundert Jahren können von demokratischen Gesellschaften deshalb nur beschränkt im Rahmen der Kommunikationsmöglichkeiten ihres politischen Systems aufgenommen werden.

"Man hat daher mit Recht die Frage aufgeworfen, ob eine Wettbewerbsdemokratie [...] überhaupt in der Lage ist, Umweltthemen kontrovers in die Politik einzubringen. [...] Man hat sofort Einvernehmen darüber hergestellt, daß etwas geschehen müsse und wartet nun offenbar darauf, daß man ohne Aussicht auf Verlust von Wählerstimmen aktiv werden kann" (Luhmann, 1986, 181).

Ökologische Kommunikation muß deshalb im Rahmen der Kommunikationsmöglichkeiten des politischen Systems oder subversiv gegen das politische System geführt werden. Soweit die Raumentwicklung betroffen ist, ist dies Aufgabe der Raumplanung.

11. Metakompetenzen allein reichen nicht aus

Die Raumplanung als Disziplin nimmt heute ihre Aufgabe der ökologischen Kommunikation über Raumentwicklung nicht wahr, weil sie sich auf Metakompetenzen wie Moderation und Vermittlung zurückgezogen hat. Sie ist deshalb nicht in der Lage, Politik und Öffentlichkeit Fragen zu beantworten wie:

- Wie sieht die nachhaltige Stadt der Zukunft aus: Verdichtung oder dezentrale Konzentration?
- Brauchen wir Wachstumsbeschränkungen für Agglomerationen? Was wird aus den ländlichen Regionen?
- Wie müßte eine ökologische europäische Regional- und Verkehrspolitik aussehen: Wettbewerb oder Kohäsion?

Wer sonst, wenn nicht die Raumplanung, sollte diese und ähnliche Fragen beantworten? Die zu ihrer Beantwortung erforderlichen Theorien und Methoden werden in den Raumplanungsstudiengängen in der Bundesrepublik jedoch nicht so gelehrt, daß sie auch angewendet werden können. Die Folge ist, daß Raumplaner und Raumplanerinnen zwar über ein breites Wissen, jedoch nicht über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, die sie von verwandten Disziplinen wie Architektur, Städtebau, Geographie, Bauingenieurwesen oder Volks- oder Betriebswirtschaft unterscheiden.

Auch die Raumplanungsforschung in der Bundesrepublik hat es bisher versäumt, ihren Beitrag zur Lösung der angesichts der ökologischen Bedrohung existentiellen Zukunftsfragen deutlich zu machen.

12. An den Elan der Gründungsphase anknüpfen

Die Disziplin Raumplanung in der Bundesrepublik ist alt und müde geworden. Ihr einst utopischer und reformerischer Elan ist erschöpft. Angesichts der globalen ökologischen Herausforderung bedarf es einer Rückbesinnung auf diesen Elan, diesmal aus sozialer und ökologischer Verantwortung.

Notwendig wäre, daß die Raumplanungsfakultäten und -institute mehr als bisher zu den wichtigen Fragen der räumlichen Organisation der Gesellschaft in ihrer eigenen Region, in Deutschland und in Europa gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik Stellung beziehen, daß sie interdisziplinäre Verbundforschungsprojekte zum Thema ökologische Raumentwicklung durchführen und deren Ergebnisse veröffentlichen und auf Tagungen vorstellen, daß sie die Lehre so orientieren, daß ihre Absolventen und Absolventinnen nicht nur als 'Allesbesserwisser' und 'Mädchen für alles', sondern als wirkliche Experten und Expertinnen für Raumprobleme in die Praxis gehen, und schließlich daß sie wissenschaftlich interessierten Absolventen und Absolventinnen realistische Laufbahnchancen

an den Hochschulen durch Forschungsstellen und die Berufung von Raumplanern und Raumplanerinnen auf Professuren eröffnen und so zum Ausdruck bringen, daß sie Raumplanung als Wissenschaft – und damit sich selbst – ernst nehmen.

Literatur

Bökemann, D. (1982): Theorie der Raumplanung. München/Wien.

Brunn, E., Pannitschka, W., (Hg.) (1978): Raumplanung und Planerausbildung. Dortmund.

Habermas, J. (1971): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Eine Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann. In: Habermas, J./Luhmann, N. (1971): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung? Frankfurt, 142-290

Luhman, N., (1966): Politische Planung. In: Ders. (1971): Politische Planung. Opladen, 66-89

Luhman, N. (1971): Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse. In: Habermas, J./Luhmann, N. (1971): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung? Frankfurt, 7-24

Luhmann, N. (1986): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen

Meadows, D.H./Meadows, D.L./Randers, J. (1992): Beyond the Limits. Global Collapse or Sustainable Future. London

Schmals, K.M., Hg. (1997): Vor fünfzig Jahren ... auch die Raumplanung hat eine Geschichte! Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 80. Dortmund